

Stadterordnetenentscheidung aufgefliegen?

Sozialdemokraten gegen Erwerbslose, Kriegsopfer und Fürsorgeempfänger — für Polizei und Kirche — Antikommunistische Front von Bürgerblock bis SPD sprengt die Sitzung

Auf der gestrigen Tagesordnung der Stadterordneten stand eine Anzahl Punkte, deren Behandlung den Sozialdemokraten unangenehm war als den übrigen bürgerlichen Parteien. Um derselben aus dem Wege zu gehen, haben die Sozialdemokraten nach Erledigung des ersten Tagesordnungspunktes den Schluß der Stadterordnetenentscheidung erzwungen! Was den Bürgerlichen nicht gelang — die SPD vollbrachte es. Höhnisch grinsend führte unter dem jürrischen Beifall der gesamten Bürgerlichen einschließlich der Deutschnationalen die sozialdemokratische Stadterordnetenfraktion unter Führung des der Arbeiterkassas als Hausrecht bekannten Köhler sowie des Lokalredakteurs Finsterbusch ihre Rolle als Mittel der Reaktion durch. Die Haltung der SPD löste auf der Tribüne ungeheure Entrüstung aus. Zwischenrufe, die die schändliche Rolle dieser Partei kennzeichneten, hagelten nur so. Der deutschnationale Vorsteher Müller erzielte der SPD zu Hilfe und drohte bei Wiederholung mit Räumung der Tribünen. Sollen hat die SPD ihr wahres arbeitersindisches Gesicht so offen gezeigt wie gestern. Die Dresdner Arbeiter werden ihnen die Antwort hierauf nicht schuldig bleiben.

Sozialdemokraten verkaufen sich für ein Einbürgerungsrecht!
Vor der eintägigen Stadterordnetenentscheidung fand erst eine gemeinsame Sitzung der Stadterordneten mit dem Rat statt. Der erste Punkt der gemeinsamen Sitzung betraf die Einstellung einer Reihe von Posten in den Haushalten für 1927, über die bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

Die SPD bewilligt Köhler Polizei und der Kirche 2 531 700 Mark!

Zu den beiden genannten Posten standen noch auf dem Voranschlag des Rates offen: 1000 Mark für die Kinderfreunde und 2400 Mark für die Kinderschuttkommission. Die Stadterordneten hatten in einer früheren Sitzung beschlossen, die Gelder für Polizei und Kirche abzulehnen. Die sozialdemokratische Stadterordnetenfraktion hat in radikalen Reden sich für diesen Beschluß eingelassen. Das Kollegium hatte gefordert: für die Kinderfreunde anstatt der vom Rat vorgeschlagenen 1000 M. — 5000 M.; für das proletarische Jugendparlament, dem der Rat die Mittel ganz verweigerte, hatten die Stadterordneten 2000 Mark eingelegt, ebenso der Internationalen Arbeiterhilfe 5000 Mark bewilligt. Die Sozialdemokraten sollen um Köhler (SPD) gab im Namen seiner Fraktion eine lange Erklärung ab. Der gewundene Ausführung war zu entnehmen, daß die SPD zwar „ihre grundsätzliche“ Stellung gegen Kirche und Polizei beibehält, aber auf Grund der „realen“ Verhältnisse „schweren Herzens“ die Mittel bewilligt. Genosse Schwabe erklärt für die kommunistische Fraktion, daß sie selbstverständlich nach wie vor alle Mittel für die Polizei sowie die Klassen ablehne. Während für soziale Zwecke bei der Stadt nie Geld da ist, die proletarischen Organisationen nichts oder nur einige läppige Mark bekommen, werden für die „Ordnungs“polizei und die Kirche Millionen bewilligt. Es ist für die Stadt des Hygienemuseums charakteristisch, daß der Etat der Polizei seit 1913 sich verdreifacht hat. Dazu kommt, daß die Polizei nur zur Niederschneidung der Arbeiter eingeleitet wird. Tausende von Beispielen sind zu bringen, wie die Arbeiterschaft provoziert und schikaniert wird. Das Verhalten von Klugblättern, das Auftreten bei revolutionären Demonstrationen, der Schutz der Betriebe und der Streikbrecher — all das zeigt klar und deutlich, wie die Polizei unter Führung des Sozialisten Köhler und des monarchistischen Polizeikommissars Kerpelring gegen die Arbeiter geht wird. Die Kirche ist arbeitersindisch, das hat sich oft genug gezeigt. Wie reaktionär sie eingestellt ist, beweist am besten, daß sie die 2- bis 3-jährigen Schulwanderungen mit der Begründung, daß der Konfirmandenunterricht darunter leide, ablehnt hat. Die kommunistische Fraktion kann es vor der Arbeiterschaft nicht verantworten, daß für solche Zwecke solche horrenden Summen ausgemessen werden. Sie lehnt deswegen diese Posten ab.

Genosse Stadtrat Zinke führte aus: Die kommunistische Fraktion hat genau wie die kommunistische Stadterordnetenfraktion diese Posten abgelehnt. Ich möchte mich jedoch speziell zu der Position Schulwanderungen äußern. Gerade als Lehrer habe ich die Überzeugung, daß Wanderungen nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter notwendig sind. Wenn die dafür einzusetzenden Mittel nicht voll verbräucht sind, liegt das z. T. an den Lehrern. Doch muß auch hier festgestellt werden, daß der Rat nichts unternommen hat, was die Wanderungen fördern könnte. Ja, im Gegenteil, mir sind Fälle bekannt, wo Lehrern die geforderten Summen für die Wanderungen abgelehnt worden sind. Dann allerdings ist es kein Wunder, wenn man Geld spart! Wir fordern, daß im nächsten Haushaltsplan für die Schulwanderungen noch mehr bewilligt wird.

Nach dem Genossen Zinke ergriff Frante (SPD) das Wort. Waren schon die Ausführungen Köhler ein Wert, so war es noch toller bei Frante. Man merkte, wie unangenehm der SPD die Verteidigung ihres Unfalles und Verrates war. Mit einigen radikalen Redewendungen (die ihm bekanntlich billig) versucht er seine Partei zu retten. Zum Schluß erklärte Frante: Der Polizei bewilligen wir keinen Pfennig (im selben Atemzuge bewilligte die SPD 2 5 Millionen für die Polizei). Nur sehr sehr ungern stimmen wir zu. — Kann es etwas Charakteristischer bei einer Partei geben? Wampe halb und halb! Genosse Gabele wies nochmals darauf hin, daß derselbe Rat, der für Fürsorgeempfänger kein Geld hat, der alle Beschüsse des Kollegiums, die den Winderbemittelten eine kleine Verbesserung ihrer Lage bringen, planmäßig sabotiert. Derselbe Rat hat aber Geld genug, wenn es gilt, die reaktionären Organe zu unterstützen. Klar zeigt sich hier die Linie der herrschenden Reichsbankpräsident Dr. Schacht und des Reichsfinanzministers Dr. Brüning. Selbstverständlich versteht darunter die Bourgeoisie nur den Abbau sozialer Mittel, aber dafür Ausbau des Machtapparates. Wenn Dr. Schacht erklärt hat: „Blut muß fließen, früher oder später“, so ist das eine klare Kampfanzeige an die Arbeiter. Die Wertungen werden diese Worte so parieren wissen! Gerade jetzt, wo die Schwerindustrie die Arbeiter aufs Strohhalmflaster wirft, hat die Erklärung besondere Bedeutung. Sie sagt nicht mehr und nicht weniger als: Die Arbeiter müssen niedergeschlagen werden. Dazu braucht man eine schlagkräftige Polizei. Die Dresdner Ordnungshüter haben schon oft bewiesen, daß sie eine treue Garde des Bürgerblocks sind. Wenn aber die SPD gegen die Polizei radikale Töne schwingt, dann wollen wir nur daran erinnern, daß sie es gemeint, die Voraussetzungen dazu geschaffen haben. Die SPD beschwert sich über das Vorgehen der Polizei anlässlich der Sacco- und Banzetti-Rundgebung — warum aber hat die SPD eine gemeinsame Kundgebung, die zweifellos zur Stärkung der Arbeiterschaft beigetragen hätte, abgelehnt? Bekannt ist auch, daß die SPD dann erst die Kundgebung machte, als Sacco und Banzetti ermordet waren — blüher Protest! Mit radikalen Reden ist der Arbeiterschaft nicht geholfen.

Oberbürgermeister Blüher stellt die SPD bloß

Er führte aus, daß die Meinung des Ausschusses gewesen sei, daß das Kompromiß (das die SPD geschlossen), ein einheitliches Ganzes sei. Die SPD hat erklärt, daß sie ihre Bedenken aufgabe, wenn die Rechte dasselbe tue. Genosse Dr. Helm erklärt, daß es bis jetzt gang und gäbe gewesen sei, getrennte Abstimmungen zuzulassen, um einer Partei die Möglichkeit zu

geben, Teile eines Entschlusses abzulehnen bzw. anzunehmen. Die getrennte Abstimmung wird abgelehnt. Die Abstimmung selbst ist die SPD in freier Gemeinschaft mit allen übrigen Parteien bis zu den Deutschnationalen. Alle bewilligten die Mittelungen für Polizei und Kirche. Die Arbeiter werden die SPD, die sich sonst radikal gegen Polizei und Kirche benimmt, beim Wort nehmen!

Die Sozialdemokraten erhalten vom Bürgertum den wohlverdienten Fußtritt

Der nächste Punkt betraf die Forderung, die durch Erhöhung der Fürsorgekosten entstanden ist. Hier zeigt Gen. Gabele, daß es bei den Bürgerlichen nur Wahnsinn war, als sie ihr „soziales Herz“ für die Fürsorgeempfänger entboten. Gerade bei der Behandlung der Fürsorgekosten zeigt sich, daß derselbe Rat, der vorher 2 500 000 M. für Polizei und Klassen übrig hatte, für die Ärmsten der Armen kein Geld hat. Unerbittliche Sparmaßnahmen und neue Steuern bei den Kommunen ist die Partei Dr. Schachts und des Reichsfinanzministers, aber auch unseres reaktionären Rates. Nach diesen Ausführungen gesteht Genosse Gabele die unannehme Berichterstattung der Polizei über die Stadterordnetenentscheidungen. Der Berichterstatter bringt es fertig, die Haltung der SPD glatt ins Gegenteil zu verkehren. Diese Methode richtet sich von selbst. Was die Bezahlung der Steuern betrifft, so hat Köhler selbst erklärt, daß die Kapitalisten dieselbe auf die Arbeiter abwälzen. Aus diesem Grunde lehnen wir die Grund- und Gemeindefiskus — da sie indirekte Steuer ist — ab. Was soll man aber sagen, wenn eine sozialdemokratische Stadterordnete in einer Arbeitslosen-Versammlung erklärt: Die SPD forderte Erhöhung der Fürsorgekosten um 25 Prozent, das ist doch viel zu viel. Der Rat will nur 11 Prozent geben, wir Sozialdemokraten haben aber 18 Prozent durchgejagt. Wählt nur Sozialdemokraten, aber keine Kommunisten!

Eine solche Kompromisse ist Demagogie im höchsten Grade! Es ist zur Genüge bekannt, daß die SPD ebenfalls erst 25 Prozent gefordert hat, dann ist sie aus Liebe zum Rat umgefallen. Wie der Rat mitteilt, hat er die 18 Prozent ebenfalls abgelehnt. Er will nach wie vor nur 11 Prozent bezahlen. Daß die sozialdemokratische Fraktion von ihrer ursprünglichen Forderung abgegangen ist, ist kein Zufall. In einer jetzt stattgefundenen SPD-Mitgliederversammlung, berichtet die bürgerliche Presse (wo hat sie den Bericht her?), daß der sozialdemokratische Bürgermeister Führer u. a. gefragt habe: Er dürfte wohl erwarten, daß seine Freunde (im Stadterordnetenkollegium) es ihm nicht so schwer machen werden. Dieser Anspruch ist für die SPD bezeichnend. Die Praxis der SPD-Stadterordnetenfraktion der letzten Wochen hat gezeigt, daß sie den Wünschen nachgegeben ist. Wir Kommunisten kämpfen für die Winderbemittelten und werden infolge dessen auch seiner indirekten Steuer zustimmen. Auf diese scharfe und schärfste Artlage schneidet der sonst so redselige Köhler und die gesamte Fraktion. Gegen diese für sie vorzuziehenden Tatsachen können sie nichts erwidern und sie schweigen. Die Abstimmung ist

ein Fußtritt für die SPD

Für die Vorlage stimmen nur die SPD, USP und Kufwertler, sie ist infolge dessen abgelehnt. Die anderen bürgerlichen Parteien liegen die SPD im Stich, hatten sie doch ihre Millionen für Polizei und Kirche bereits bewilligt erhalten. Der Höhe hatte seine Schuldigkeit getan. So hat die SPD die Interessen der Arbeiter verkauft! Das nennen sie: Realpolitik. Die gemeinschaftliche Sitzung hatte damit ihr Ende erreicht.

Was beziehen die Dresdner Bürgermeister aus der Wählerhilfe?

Diese Anfrage des Genossen Schrapel wurde als erster Punkt der Stadterordnetenentscheidung behandelt. Im Zusammenhang damit stand ein Antrag der Aufwärtler. Oberbürgermeister Führer gibt hierzu eine Erklärung ab, aus der folgende Bemerkenswertes war: Die Gerichte über die Höhe der Bezüge, die wir zwei Bürgermeister erhalten sollen, sind übertrieben. Ich kenne zwar meine Bezüge, aber ich halte mich nicht für berechtigt, über das Einkommen eines Ratsherrn Auskunft zu erteilen. Mit diesen zynischen Worten brüstierte der Oberbürgermeister das ganze Parlament. Die Stadterordneten der Stadt sind die Kopfsteine stillschweigend ein.

Die Kommunisten fordern Rechenhaft

Genosse Werner erklärte, der Oberbürgermeister war eine ganze Zeit geredet, aber inhaltlich habe er gar nichts gesagt. Mit diesem leeren Geschwätz können wir uns nicht zufriedengeben. In der Arbeiterstimme nannten wir die Summe von — 25 000 M.

wenn sie zu hoch gerufen ist, da hätte sich der Oberbürgermeister gemeldet. Für diese Rechenhaftigkeiten leiten die Bürgermeister in der Wählerhilfe keinerlei Arbeit. Es ist doch bekannt, daß, trotzdem wir lange Zeit nur den Ober hatten und die Stelle des zweiten Bürgermeisters unbesetzt war, Blüher noch immer Zeit hatte, eine Menge „gesellschaftliche Veranstaltungen“ zu betreiben. Ist das Arbeit? Ja, er fand Zeit, eine paar Monate dauernde Reise in die Wüste zu den Pyramiden und den Kameleln anzutreten. — Während der Rede des Genossen Werner verlassen die Bürgerlichen fluchtartig den Saal. — In der Sitzungsurkunde sind aber eine ganze Menge von Arbeiten, die zu leisten ist, aufgezählt. Doch geleistet wird „aktuell“ nichts und dafür werden unsere Bürgermeister noch mit solchen Rechenhaftigkeiten belohnt. Das ist ein Skandal!

Nachdem ergriff Köhler das Wort. Es ist typisch, das er in Ausländerische macht. Die SPD will zweifellos dem Bürgertum zeigen, daß sie bündnisfähig ist. Auf die vollständig unbefriedigende Antwort des Rates stellt Genosse Dr. Helm folgenden Antrag:

- Kollegium wolle beschließen:
1. festzustellen, daß die vom Herrn Oberbürgermeister auf die Anfrage Schrapel erteilte Antwort ausweichend und ungenügend ist;
 2. der Erwartung Ausdruck zu geben, daß in Zukunft auf gezielte Anfragen durch einen Ratserstreiter wirklich Antworten erteilt, wenn der Rat sich zur Beantwortung bereit erklärt hat, da sonst eine solche Vereitelung einer Täuschung der Antragsteller gleichkommt;
 3. die Anfrage Schrapel dem durch den Antrag Legdel zu bildenden Ausschuss zu überweisen.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, folgt die Abstimmung, die im ersten Punkt Annahme mit 37 gegen 26, in den beiden anderen Punkten gegen schwächere Minderheiten ergab. Diese Abstimmung bedeutet für den Rat und sein Oberhaupt Blüher ein nicht mißzuverstehendes Mißtrauensvotum. Nach 22 Uhr war endlich der erste (!) Punkt der Tagesordnung beendet.

Die sozialdemokratische Fraktion schwenkt offen ins Lager des Bürgerblocks

Obwohl die Tagesordnung eine ganze Reihe Anträge vorsieht, die Weihnachtsbeihilfen für Erwerbslose, Fürsorgeempfänger und Kriegsopfer und hinterbliebene fordern, deren Erledigung also drängt, verlangt ausgerechnet die SPD-Fraktion Schluß der Sitzung. In langatmigen Ausführungen ergeht sich Köhler in Angriffen auf die kommunistische Fraktion — bekanntlich hält er die längsten Reden im Parlament. Köhler wirft unserer Fraktion vor, schuld an den langen Tagungen zu sein. Diesen „grenzenlosen Anflug“ will die SPD nicht mehr mitmachen. — Diese Ausführungen Köhler werden von allen bürgerlichen Parteien mit jürrischem Beifall aufgenommen. Köhler (deutschnat.) gibt seiner Freude über Köhler Ausführungen Ausdruck. Er habe dem nichts mehr hinzuzufügen! Dieses Hand-in-Hand-Arbeiten der SPD beleuchtet blitzartig die Situation. Schon immer war es so: wenn die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse sich vertärkten, schlug sich die SPD offen ins Lager des Bürgertums. Mit welchem Raffinesse hier vorgegangen wurde, beweist am besten, daß der SPD-Vorsteher die Leitung der Sitzung dem deutschnationalen Müller übergeben. Das Stichwort für die vorzunehmende Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion gab die SPD; den Angriff führte sie! Durch diese Handlungsweise will sich die SPD in Dresden koalitionsfähig machen und zu gleicher Zeit dem Hauptvorwand beweisen, daß sie ihm an Arbeitersindlichkeit in nichts nachsteht. Das ist der tiefere Sinn des Vorstoßes! Die Handlungsweise der SPD brachte die Zuhörer in größte Empörung, der Vorsteher brachte — mitten in dem entstandenen Tumult verließ der Sozialdemokrat Köhler gemeinsam mit seinem Bundesbruder, dem deutschnationalen Müller, den Vorstandstisch, so den Schluß der Sitzung verließ. Die Einheitsfront der Müller(deutschnat.)-Führer (SPD)-Blüher-Köhler ist hergestellt! Die Arbeiter werden diesen Kuriositäten für ihre Handlungsweise die Qualitäten ausstellen, darauf können sich die Köhler, Fischer, Finsterbusch verlassen!

Alles nackt!

Unter diesem Motto veranstaltete der KAWD am Mittwoch im Reichshaus in Dresden-Neustadt eine politische Revue. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, dabei ist besonders zu erwähnen, daß die Jugend sehr stark vertreten war. Die Schmüdung des Lokals konnte besser sein. Nun zur Revue selbst. Um es gleich vorweg zu sagen: Die Idee der Revue „Alles nackt“ ist vorzüglich. Schon das erste Auftreten des „Revuestars“ zeigte den Sinn der Veranstaltung: Allen Vorgesetzten im kapitalistischen Staat den Schleier herunterzureißen und sie darzustellen in ihrer ganzen Nacktheit und Brutalität. Hier sah man schon den großen Unterschied zwischen den Reuen des Bürgertums, deren Sinn nur ist: abzulernen von den Räten des Lebens durch Zeigen von nacktem Fleisch „schöner“ Frauen. Kirgends zeigt sich der Zerfall der kapitalistischen Welt so stark als in diesen „Vergnügungstätten“. Die Bourgeoisie tanzt auf dem Vulkan. Der Inhalt des Prologs, den der „Star“ — nebenbei bemerkt, war es „nur“ eine einfache Arbeiterin, wie es alle anderen Mitspieler ebenfalls „nur“ waren, vorzutragen, war gut. — Ein drittes selbstbewusstes Auftreten ist zu empfehlen. In bunter Reihenfolge sahen wir dann Bild für Bild vorüberrollen, angefangen von den schon etwas schabigen, durch die 9 Jahre mitgenommenen Kulissen der Republik: Demokratie, Gleichberechtigung, Freiheit, Brot und Arbeit, Wohlstand. Die Reklame der Redakteure ließ uns die Wirklichkeit schauen, die kapitalistische Welt so, wie sie ist: Hunderttausende Arbeitslosen, Kriegskruppen, unterernährte Jugend, 12-Stundentag, Klassenkampf der Wertigkeiten. Gut karikiert war die Abbildung der des vorrückten Wilhelm. Die schändliche Rolle der Ebert, Scheidemann, Noske, die sie in diesen Tagen gespielt, ihre ganze Doppelmöglichkeit wurde uns in Erinnerung gebracht. Das Kernstück des Abends aber waren einige russische Szenen: Diskussion im ersten Arbeiter- und Bauernkongress, Menschewiki treten auf und hegen gegen Lenin, gegen die Bolschewiki, die den „Bürgerkrieg“ predigen. Bei der Darstellung des „menschewisch-marginalistischen Studenten“, die hervorragend war, mußte man un-

willkürlich an unsere Dresdner sozialdemokratischen Studenten denken. ... Jürrischen Beifall löste der Schluß der Szene — der Sieg der Arbeiter unter Führung der Bolschewiki — bei den Anwesenden aus. Auf gleich hohem Niveau stand der Abschied der ehemaligen Beherrschter Russlands von ihrem Vaterland. Nachfolgend folgten bei der Schilderung ihrer zukünftigen „Arbeit“. Die übrigen Bilder waren — wenn man noch beachtet, daß die Spieler alles junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Produktionsprozess stehen — ebenfalls gut dargestellt. Der Schluß ließ allerdings einiges zu wünschen übrig. Die Steigerung des Spiels mußte — und sie konnte es auch — bis zum Schluß durchgehalten werden. Den Spielern ist insgesamt zu raten, etwas selbstbewusster — so wie es sich unserer Klasse ziemt — aufzutreten. Bei einigen war die Aussprache nicht rein. Als nicht glücklich bedachte Rollen sind die von Kryslenko, der scharfer, klarer, feuriger auftreten muß — und die der Bolschewiktrupps zu nennen. Diese kleinen Mängel werden leicht abzutun sein. Alles in allem kann aber gesagt werden: Hier hat der KAWD etwas geleistet! Die Begeisterung der oftmals inaktiven Mitspielenden, die sich am Schluß in jürrischem Beifall bemerkbar machte, zeigte die ersten Früchte des gut gelungenen Abends. Dieser Abend hat zweifellos der kommunistischen Jugend neue Freunde, neue Mitstreiter gebracht. Die Partei kann mit Stolz auf ihre „Junge Garde“ blicken.

Weihnachtsmarkt. Sonntag den 11. und 18. Dezember 1927 sind in Dresden die Geschäfte für den allgemeinen Handel in der Zeit von 11 Uhr bis 18 Uhr offen.

23. Volkshilfe, Dresden-Strehlen. Heute, Freitag, 10.30 Uhr werden in der Turnhalle zirka 80 Lichtbilder von einer Fahrt nach Helgoland und den ostfriesischen Inseln gezeigt. Eintritt frei. — Sonnabend den 10. Dezember wird von 17 bis 19 Uhr, Sonntag den 11. Dezember von 15 bis 17 Uhr und Montag den 12. Dezember von 17 bis 19 Uhr eine Jugendumfächer-Ausstellung.